

## Zeit der Populisten\*

Frank Decker<sup>1</sup>/Philipp Adorf<sup>2</sup>/Marcel Lewandowsky<sup>3</sup>

### 1. Einleitung

In den 1970er und 1980er Jahren bildete sich zunächst in den nord- und später in den westeuropäischen Ländern eine neuartige Parteienfamilie heraus. In der Konkurrenz verschiedener Begriffe hat sich deren Bezeichnung als „rechtspopulistisch“ im wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt (Decker 2004). Wurden die Neankömmlinge zunächst oftmals noch als flüchtige Protestphänomene abgetan, so sind sie inzwischen in nahezu allen europäischen Ländern präsent. Das Bild vom „Gespenst“ des Populismus, das irgendwann wieder verschwindet, hat sich nicht bewahrheitet. Allen elektoralen Rückschlägen und inneren Krisen zum Trotz ist der Populismus fester Bestandteil der politischen Systeme – mit zum Teil einschneidenden Konsequenzen. In einigen neuen Demokratien wie Polen und Ungarn konnten sich Parteien wie Recht und Gerechtigkeit (PiS) und *Fidesz* sogar dauerhaft als Regierungsparteien etablieren und nachhaltigen Einfluss auf die demokratischen Regime ausüben. Auf den Philippinen und in Brasilien besetzten Rechtspopulisten die Präsidentenämter. In den Vereinigten Staaten mündete die vierjährige Präsidentschaft Donald Trumps im gewaltsamen Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 (Stockemer 2019).

Die Herausbildung und der Erfolg dieser neuen Parteienfamilie haben eine politikwissenschaftliche Debatte um den Begriff des Populismus angestoßen. Die meisten Arbeiten gehen heute davon aus, dass es sich beim Populismus um ein manichäisches Kernkonzept handelt, das die Gesellschaft in zwei Gruppen einteilt: das „gute“ Volk und das „korrupte“ politische Establishment (Mudde 2004). Beide Gruppen gelten dem Populismus als homogen, was bedeutet, dass sie jeweils einen geschlossenen politischen Willen repräsentieren. Populisten nehmen für sich in Anspruch, den Willen des Volkes gegen jenen der politischen Eliten zu vertreten. Mit Blick auf die ideologische Qualität besteht weitgehend Einigkeit,

---

\* Der Beitrag ist aus einem Buchprojekt der Verfasser hervorgegangen, dessen Herzstück – mit zwanzig, in die Regionen West-, Nord-, Süd- und Osteuropa aufgeteilten Beiträgen – die in der deutschsprachigen Forschung bisher umfangreichste Sammlung von Länderstudien zum europäischen Rechtspopulismus darstellt. Vgl. Frank Decker/Bernd Henningsen/Marcel Lewandowsky/Philipp Adorf (Hg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus*, Baden-Baden 2022. Eine verkürzte und nochmals aktualisierte Sonderausgabe des Bandes ist bei den Landeszentralen für politische Bildung erhältlich.

<sup>1</sup> Prof. Dr. Frank Decker, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

<sup>2</sup> Dr. Philipp Adorf, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

<sup>3</sup> Priv.-Doz. Dr. Marcel Lewandowsky, Universität Greifswald.

dass der Populismus zwar ideelle Bestandteile aufweist, es sich aber nicht um eine voll entwickelte Weltanschauung handelt, die etwa dem Kommunismus, dem Nationalsozialismus oder anderen Ideologien ähnlich wäre. So adressiert der Populismus mit dem Verhältnis zwischen „Volk“ und „Establishment“ lediglich das Politische selbst (Mudde 2017).

Umstritten in der Populismusforschung bleiben die Abgrenzung von Rechts- und Linkspopulismus und das Verhältnis zum Extremismus. Was das Letztgenannte betrifft, hält sich bis heute hartnäckig das Missverständnis, beides seien verschiedene Paar Schuhe. Tatsächlich liegen die Begriffe aber auf unterschiedlichen Ebenen, sodass sie als Attribute einander nicht ausschließen. Der Populismus stellt mit anderen Worten keine „mildere“ Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie unter anderem das Beispiel der AfD zeigt – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann.

## 2. Erklärungsansätze

Die Erfolgsgeschichte der rechtspopulistischen Newcomer ist sowohl im Ländervergleich als auch im Zeitverlauf unterschiedlich. Einige Vertreter konnten sich seit ihrer Entstehung in den 1970er oder 1980er Jahren kontinuierlich behaupten, andere hatten nur sporadischen Erfolg oder mussten bei Wahlen Einbußen hinnehmen. Für letzteres hielt die Politikwissenschaft lange Zeit zwei Erklärungen bereit: Zum einen seien die Entstehung und der Erfolg rechtspopulistischer Parteien von einzelnen Führungspersönlichkeiten abhängig, die irgendwann abtraten oder deren charismatische Eigenschaften sich über die Zeit verbrauchten. Dagegen gelinge es ihnen nur selten, eine stabile Parteiorganisation aufzubauen und die im Parteienwettbewerb notwendige Geschlossenheit im äußeren Auftreten sicherzustellen. Zum anderen hätten die Parteien ihrem Selbstverständnis als „Anti-Establishment“ gemäß nur in der Opposition Erfolg. Übernahmen sie selbst Regierungsverantwortung, komme das der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises gleich. Die Folge sei ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust unter den eigenen Anhängern, der sich in schlechteren Wahlergebnissen niederschläge.

Konnten beide Erklärungen zu Beginn der 2000er Jahre empirisch eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen, so hat sich das Bild seither gründlich verschoben. Der europäische Vergleich zeigt, dass der charismatische Typus unter den heutigen Rechtspopulisten längst nicht mehr so verbreitet ist wie vermutet. Er kennzeichnet vor allem die Entstehungsphase der Parteien. In der nachfolgenden Phase der Verstetigung haben sich diese meistens aus der Abhängigkeit von ihren Anführern befreit und ihre Organisation den Mainstream-Parteien angepasst (Heinisch/Mazzoleni 2016).

Auch der Zusammenhang zwischen Oppositions- oder Regierungsrolle und Wahlerfolgen ist komplizierter als angenommen. Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst erlebten, zeigt der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei (SVP) oder der norwegischen Fortschrittspartei, dass sich Widerstand gegen die EU, Einwanderungskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde seit den 2000er Jahren wiederholt von unterschiedlichen Allianzen rechtspopulistischer Parteien regiert, ohne dass es diesen nachhaltig geschadet hat. Und in den nord-, mittel- und südosteuropäischen Ländern ist der Populismus heute fester und zum Teil dominanter Bestandteil des rechten Mainstreams.

Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtspopulistische und -extreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die nationalen Ergebnisse der beiden letzten Europawahlen (2014 und 2019) in Nord- und Südeuropa miteinander, ergibt sich ein anderer Befund. Die Rechtsparteien haben gerade in den Ländern am besten abgeschnitten bzw. ihre stärksten Zugewinne erzielt, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Dies deckt sich mit den mittlerweile gut ausgeleuchteten Entstehungsgründen und -bedingungen der rechtspopulistischen Parteien in den 1970er und 1980er Jahren.

Geht man davon aus, dass die Parteiensysteme demokratischer Staaten im Wesentlichen durch zwei Konfliktlinien geprägt sind – einen sozioökonomischen Verteilungs- und einen soziokulturellen Wertekonflikt –, so handelt es sich bei den neuen Rechtsparteien in erster Linie um ein Phänomen der Wertepolitik (Norris/Inglehart 2019). Das verbindet sie mit den in den 1970er Jahren entstandenen grünen Parteien, deren ideologischen Gegenpol sie auf der kulturellen Konfliktachse markieren. Die ökonomischen Entwicklungen sind also nicht der eigentliche Auslöser der populistischen Reaktion. Stattdessen fügen sie sich in das breitere Bild eines Gesellschaftswandels, dessen Rückwirkungen auf die Lebenswirklichkeit durch die Wirtschaft lediglich verstärkt werden. Die Schlüsselbegriffe dieses Wandels lauten Flexibilisierung und Individualisierung.

Die Wähler der neuen Rechtsparteien werden häufig als „Modernisierungsverlierer“ apostrophiert, was sie aber nur in einem relativen oder subjektiven Sinne sind. Das heißt, ihre Misere ist nicht an die tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abwärtsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Dieser Angst versuchen die Populisten mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und

gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, die Religion oder die Familie, zu begegnen.

Wirtschaftliche Krisen spielen ihnen dabei durchaus in die Hände, lassen sie sich doch an den identitätspolitischen Kern der Programmatik gut anschließen. Dies gilt gerade für Länder mit einem hohen Niveau sozialstaatlicher Leistungen wie in Skandinavien oder der Bundesrepublik, wo sich die Ressentiments der eingewachsenen Bevölkerung gegen die vermeintlich nicht zugehörigen und mithin nicht teilhabeberechtigten Zuwanderer richten. Sozialökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise sozialkulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte umgedeutet (Manow 2018). Dass dafür auch und gerade solche Wähler empfänglich sind, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und Interessen eigentlich nach links tendieren müssten, birgt keine große Überraschung, da diese in kulturellen Fragen erfahrungsgemäß fast immer weiter rechts stehen als ihre Parteien.

### 3. Internationale der Nationalisten

Um einen Überblick über die Präsenz des Rechtspopulismus zu erlangen, bietet sich am ehesten ein Blick auf die Europawahlen und das Europäische Parlament an (Decker 2019). Konnten die Rechtspopulisten ihren gemeinsamen Sitzanteil dort bereits 2014 auf 22,6 Prozent hochschrauben, gelang ihnen 2019 ein nochmaliger Zuwachs um drei Prozentpunkte auf jetzt 25,6 Prozent. Der elektoralen stand und steht aber keine vergleichbare Stärke in politischer Hinsicht gegenüber, da es die nationalen Mitgliedsparteien bis heute nicht vermocht haben, eine gemeinsame schlagkräftige Fraktion zu bilden. Während sich der Großteil der eher gemäßigten Vertreter in der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformen“ (EKR) zusammengefunden hat, tummeln sich die radikaleren Parteien in der 2019 neu formierten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID). Daneben gibt es zahlreiche Abgeordnete, die überhaupt keiner Gruppierung zugehören, also fraktionslos sind.

2021 erhielten die Überlegungen für einen Zusammenschluss neuen Auftrieb. Der Grund lag darin, dass mit Viktor Orbáns *Fidesz* einer der wichtigsten Vertreter des Rechtspopulismus aus Osteuropa die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im März 2020 verlassen hatte und damit dem ansonsten unvermeidlichen „Rausschmiss“ zuvorkam. Um die Chancen für ein Zusammengehen auszuloten, unternahm Orbán daraufhin Sondierungen mit Matteo Salvini von der italienischen *Legha*, dem polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki von der PiS und Giorgia Meloni, die mit den neofaschistischen *Fratelli d'Italia* anders als Salvinis *Legha* der EKR-Fraktion angehört und deren Vorsitzende ist.

Anfang Juli 2021 veröffentlichten die führenden Vertreter der EKR- und der ID-Fraktion eine „Erklärung über die Zukunft Europas“, die neben den gemeinsam geteilten Zielen auch die potenziellen Bruchlinien eines künftigen Bündnisses sichtbar macht. Letztere betreffen zum einen das Verhältnis zu Russland, dem die osteuropäischen Staaten aus naheliegenden Gründen deutlich kritischer gegenüberstehen als die rechtspopulistischen Vertreter des übrigen Europas. Zum anderen geht es um das Verhältnis zur Europäischen Union, die von den Unterzeichnern nicht grundlegend abgelehnt wird, sondern lediglich zurückgebaut werden soll. Parteien wie die AfD oder die niederländische *Partij voor den Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders, die den Austritt ihrer Länder aus der EU fordern, durften sich deshalb auf Geheiß der Initiatoren an der Erklärung nicht beteiligen.

So wie die nationale Orientierung eine grundlegende Gemeinsamkeit der rechtspopulistischen Parteien bildet, stellt sie zugleich eine Quelle ihrer politischen und ideologischen Heterogenität dar. Die heutigen Rechtspopulisten sind nicht mehr in einem traditionellen Sinne nationalistisch, sondern grenzen sich vor allem vom nicht-christlichen Kulturraum der Muslime ab, deren Zuwanderung sie entweder ganz ablehnen oder zurückdrängen möchten (Betz 2013). Anders stellt sich der Fall in Mittel- und Osteuropa dar. Mangels einer vergleichbaren Migrationsgeschichte schwenkten Parteien wie PiS und *Fidesz* erst im Zuge der Flüchtlingsbewegungen 2015 auf eine ähnliche Linie ein wie ihre westeuropäischen Schwesterparteien. Die Rechtspopulisten im Osten treten offener antisemitisch auf und richten ihren Argwohn eher gegen nationale Minderheiten (etwa Sinti und Roma). Gleichzeitig propagieren sie ein romantisiertes Ideal nationaler Vergangenheit, wobei sie sich oft explizit auf die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit berufen (Pirro 2014). Gemein ist den Rechtspopulisten in Ost und West ein „souveränistisches“ Verständnis klassischer Nationalstaatlichkeit, das einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration entgegensteht (Ketelhut 2022). Welche Folgerungen daraus konkret abgeleitet und mit welcher Radikalität sie vertreten werden, unterscheidet sich je nach nationaler Betroffenheit und Interessenlage zwischen den Parteien gewaltig. Dasselbe gilt für die Positionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die in den einen Fällen eher marktliberal, in den anderen eher interventionistisch oder protektionistisch geprägt sind (Franzmann/Lewandowsky 2010, S. 28 f.).

Auch gesellschaftspolitisch bestehen in der Programmatik große Unterschiede. Während Parteien wie die AfD hier traditionalistisch-konservative Positionen vertreten, stehen andere wie die PVV Forderungen nach mehr Gleichstellung – sei es der Frau oder von sexuellen Minderheiten – durchaus aufgeschlossen gegenüber. Gerade diese Forderungen dienen ihnen dann gleichzeitig (oder sogar vorrangig) dazu, die vermeintliche Rückständigkeit des Islams gegenüber der eigenen, westlich geprägten Kultur und Gesellschaft zu belegen (Decker 2022, S. 42 ff.).

#### 4. Klimapolitik und Coronapandemie

Mit dem Klimawandel und der Coronapandemie sind den Rechtspopulisten seit 2018 zwei weitere „Großthemen“ zugewachsen, bei denen sie im Meinungs- und Interessenspektrum den rechten Pol besetzen. Als gemeinsame Muster lassen sich dabei die Ablehnung evidenzbasierter Politik, der Vorwurf der Freiheits- und Demokratiebeschränkung durch eine einseitig kosmopolitisch ausgerichtete Elite und die Präferenz für nationalstaatliche Lösungen ausmachen, die auch auf anderen Politikfeldern die populistische Argumentationslogik bestimmen. Andererseits begegnet uns bei den Themen dieselbe programmatische Bandbreite, die sich zugleich in den unterschiedlichen Regierungsbilanzen populistischer Akteure widerspiegelt.

Während Parteien wie die AfD, die FPÖ oder die PVV die Existenz des Klimawandels generell anzweifeln und damit die diesbezüglich tief verwurzelte Skepsis ihrer Wählerschaft bedienen (Kulin/Johannson Sevä/Dunlap 2021), sind für andere, weniger „klimaskeptische“ Mitglieder der Parteienfamilie Klimaschutzmaßnahmen größtenteils unnötig, da die Erderwärmung nur bedingt auf menschliche Einflüsse zurückzuführen sei – selbst wenn dies der Fall wäre, würden Schritte zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen in den hochindustrialisierten Ländern des Westens nichts bewirken, so lange die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den übrigen Weltregionen weiter anstiegen (Radtke/Schreurs 2019). Klimaschutz wird in diesem Kontext als elitäres Projekt einer erneuten Transformation der heimischen Wirtschaft hin zu einer Post-Wachstumsökonomie gesehen, das linksliberale Kräfte gegen den mehrheitlichen Volkswillen vorantrieben. Die Rechtspopulisten sehen darin nicht zuletzt eine soziale Frage, seien es doch vor allem die „kleinen Leute“, die sich Fleischkonsum, Flugreisen und das Autofahren aufgrund der gestiegenen Kosten dann nicht mehr leisten könnten – im Unterschied zu den wohlhabenderen Angehörigen der Elite (Jacob/Schaller/Carius 2020).

Weil bei kaum einem anderen Thema die Notwendigkeit grenzüberschreitender, globaler Kooperation so sehr auf der Hand liegt wie beim Kampf gegen die Erderwärmung, kommt die nationalistische und protektionistische Gegenposition des Rechtspopulismus hier umso mehr zum Tragen. Der Erhalt heimischer Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze in bestimmten Sektoren werde erschwert, wenn der Klimaschutz Vorrang habe und steigende Emissionen in Entwicklungsländern mit immer rigoroseren Maßnahmen in Europa und Nordamerika kompensiert werden müssten. Wo rechtspopulistische Parteien in Regierungen vertreten sind oder diese anführen, wird diese Agenda meistens konsequent umgesetzt (Huber u.a. 2021, Jahn 2021). So war es z.B. eines der zentralen Vorhaben der Regierung Trump, die Mitgliedschaft der USA im Pariser Klimaschutzabkommen zu beenden, das die amerikanischen Arbeiter, Unternehmen und Steuerzahler angeblich

benachteilige (Bomberg 2021). Dies wurde von Trumps Nachfolger Joe Biden gleich zu Beginn seiner Amtszeit rückgängig gemacht.

In der Coronapandemie neigten viele rechtspopulistische Vertreter zunächst dazu, die Regierungspolitik zu unterstützen oder wollten diese sogar noch forcieren, zumal die Maßnahmen zum Teil (etwa bei den Grenzschließungen) auf ihrer eigenen ideologischen Linie lagen (Wondreys/Mudde 2020, S. 88 ff.). Der Regierung aus der Opposition heraus ein Versagen zu attestieren, erwies sich als schwierig, konnte doch der unmittelbare Ursprung der Krise im Gegensatz zur Euro- oder Flüchtlingskrise nicht auf Verfehlungen der politischen Elite zurückgeführt werden. Im Einklang mit der übergroßen Bevölkerungsmehrheit erkannte man die Situation als Notlage an, die ein entschiedenes (national)staatliches Eingreifen rechtfertigte (Bobba/Hubé 2021).

Nach der ersten Phase der Pandemie änderte sich dieses Bild und wurde es zugleich disparater. Während manche populistischen Vertreter in der Befürwortung bestimmter Schutzmaßnahmen wie etwa der Maskenpflicht sogar die Speerspitze bildeten, etwa bei der Schweizerischen Volkspartei oder der PVV – auch in der AfD gab es zu Beginn solche Stimmen –, sattelte das Gros der Parteien bald auf einen Anti-Establishment-Diskurs um, der die Corona-Maßnahmen als unzulässige Freiheitsbeschränkungen vehement kritisierte und den Regierungen unterstellte, sie wollten diese Beschränkungen auf Dauer stellen und eine „Corona-Diktatur“ errichten (Lewandowsky/Leonhardt/Blätte 2022). Die Kritik ging mit einer Verharmlosung des Virus einher, dessen Gefährlichkeit von den verantwortlichen Politikern völlig übertrieben dargestellt werde, um die Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen.

Analog zu den Klimaleugnern formierte sich in der Debatte um die Maßnahmen eine radikale Front von Corona-Leugnern, die die Existenz der Pandemie als solche in Abrede stellten. Diese fanden in vielen rechtspopulistischen Parteien beträchtlichen Rückhalt und prägten – selbst, wenn sie dort nicht die Mehrheit stellten – deren öffentliches Auftreten (Eberl/Huber/Greussing 2021). Dasselbe gilt für die in ihren Reihen ebenfalls überproportional vertretenen Impfgegner und -verweigerer, die man bereits vor der Pandemie im rechtspopulistischen Lager antreffen konnte (Kennedy 2019). Deren Ablehnung einer – von den Regierenden aber nirgendwo konsequent durchgesetzten – rechtlichen oder faktischen Impfpflicht fügte sich bestens in das Freiheitsthema.

Was die Verknüpfung der Pandemie mit den bekannten Anti-Themen des Populismus angeht, boten und bieten die Parteien ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Anders als Trump in den USA haben die europäischen Vertreter nur selten auf den Ursprungsort des „Chinavirus“ verwiesen. Auch auf eine stärkere Schuld der Migranten an der „Einschleppung“ und Verbreitung der Seuche konnte und wollte man nicht verweisen, hätte dies doch der generellen Linie widersprochen,

die Notwendigkeit der Bekämpfungsmaßnahmen mit Blick auf die angezweifelte Schwere der Pandemie in Frage zu stellen.

Bessere Anknüpfungspunkte für den Diskurs boten die Themen „Grenzsicherungen“/„Globalisierung“ und „Europa“ bzw. „Europäische Union“, deren Ausbeutbarkeit dennoch an Grenzen stieß. So wurde die auch von den Rechtspopulisten intonierte Kritik an der schlecht gemanagten Impfstoffbeschaffung der EU von der gut verlaufenen Impfkampagne schon nach wenigen Monaten überholt, während die in der ersten Phase der Pandemie (im März/April 2020) verfüzten Grenzsicherungen jedermann vor Augen führten, wie sehr der zusammengewachsene Wirtschaftsraum auf funktionierende Lieferketten angewiesen war. Auch in der Kritik an dem von der EU aufgelegten 750 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds hielten sich die Rechtspopulisten zurück. Das galt vor allem für die süd- und osteuropäischen Vertreter, deren Länder in dem Paket anteilmäßig am stärksten bedacht wurden. In Italien hatte das z.B. zur Folge, dass die vorher dezidiert EU-kritische *Lega* auf die europafreundliche Linie der von ihr mitgetragenen Regierung einschwenkte (Zanotti/Meléndez 2022).

## 5. Die Herausforderung durch die neuen Medien

Bei der Suche nach den Erfolgsbedingungen des Rechtspopulismus und den Gründen für den Anstieg von extremistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt (bis hin zum Terrorismus) darf der Blick auf die veränderten Formen der sozialen Kommunikation und politischen Öffentlichkeit nicht fehlen. In den meisten Ländern stehen die Massenmedien heute unter großem kommerziellen Druck, der immer weniger Raum für eine nüchtern-abwägende Berichterstattung lässt. Das spielt den Populisten in die Hände. Umgekehrt sind seriöse Zeitungen und das frei empfangbare Fernsehen normalerweise ziemlich restriktiv, wenn es darum geht, Rassisten und anderen Extremisten Spaltenplatz oder Redezeit einzuräumen.

Allerdings sind in den letzten beiden Jahrzehnten über die sozialen Medien neue politische Öffentlichkeiten herangewachsen. Hier gibt es meistens keine Redakteurfunktion und nur im geringen Umfang etablierte gesellschaftliche Konventionen, die zivilisierend auf die Kommunikation einwirken. Dies leistet der Verbreitung von *Fake News* und von Verschwörungstheorien Vorschub, die von jeher ein Bestandteil der rechtspopulistischen Agitation waren (Bergmann/Butter 2020), durch die neuen technischen Möglichkeiten jetzt aber einen viel größeren Resonanzboden vorfinden.

Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind der parteipolitischen Konkurrenz in der Nutzung von *Facebook* und anderen Netzwerken weit voraus. Mit ihrer Hilfe schlagen sie gleich drei Fliegen mit einer Klappe. Erstens umgehen sie die

ihnen nicht gerade wohlgesinnten traditionellen Medien, die sie dafür – zweitens – im Gegenzug umso leichter als Teil des verhassten Establishments brandmarken können („Lügenpresse“). Und drittens spannen sie dieselben Medien für ihre eigenen Zwecke mit ein, wenn diese über die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken berichten. Als besonderer Virtuose dieses Über-Bande-Spiels hat sich US-Präsident Donald Trump hervorgetan (Gerbaudo 2018).

Auch für den gewaltbereiten Extremismus spielen das Internet und die sozialen Netzwerke eine unterstützende Rolle (Jakobsen 2022). Zum einen eröffnen sie neue Möglichkeiten der Organisation und des konspirativen Zusammenschlusses. Zum anderen sind sie eine Brutstätte für Hasspropaganda und Verschwörungserzählungen, die anfällige Menschen dazu bringt, sich zu radikalisieren und von Gedanken bzw. Worten zur Tat zu schreiten. Dass die Regulierung der Internetkommunikation nur rudimentär gelingt, liegt vor allem an deren grenzüberschreitendem Charakter. Weil die großen, global agierenden Konzerne – *Alphabet (Google)*, *Amazon*, *Apple*, *Meta (Facebook)* und *Microsoft* – allesamt von amerikanischem Boden aus operieren, können sie sich dem Zugriff der nationalen und europäischen Gesetzgeber auf weite Strecken entziehen. Regelwerke wie das in Deutschland seit 2017 gültige „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“, die die Plattformbetreiber auf die Einhaltung bestimmter Compliance-Regeln verpflichten, wirken vor diesem Hintergrund notgedrungen defizitär. Sie erinnern daran, dass ein verantwortungsvoller Gebrauch der neuen Kommunikationsformen nicht staatlich oktroyiert werden kann, sondern am Ende von der Gesellschaft und von jedem einzelnen ausgehen muss.

## 6. Gefährdung der Demokratie?

Vergleichende Studien legen den Befund nahe, dass von erfolgreichen populistischen Parteien eine Gefahr für die Demokratie ausgehen kann (Huber/Schimpf 2017, Vittori 2021). Welche Auswirkungen der Populismus genau hat, hängt davon ab, ob sich die Parteien in der Regierung oder in der Opposition befinden. Ist letzteres der Fall, ist ihre Wirkung beschränkt, aber dennoch spürbar. Die Parteien nehmen Einfluss auf den demokratischen Diskurs (Mudde 2019, S. 164 ff.) und sie erhalten mit dem Parlament eine Bühne für ihre Themen (Louwerse/Otjes 2015). Gleichzeitig präsentieren sie sich als Tabubrecher, indem sie behaupten, diejenigen Probleme zur Sprache zu bringen, die die etablierten Parteien „verschweigen“. Während linke Populisten sozialpolitische Fragen wie Wohlfahrtsstaat und Armut aufs Tapet bringen, konzentrieren sich Rechtspopulisten auf den Bereich Migration und Integration. Ihr politisches Gewicht lässt sich daran messen, ob und wie weit sie die Mainstream-Parteien zu Reaktionen zwingen.

Gelingt es den Populisten, die Regierungsmacht an sich zu ziehen, können die unmittelbaren Auswirkungen auf die Demokratie gravierend sein. Diese bestehen

nicht darin, dass das demokratische Regime förmlich beseitigt wird; stattdessen haben es die populistischen Akteure gerade auf dessen Schutzmechanismen und hier vor allem die Gewaltenteilung abgesehen. Was in Ungarn nach dem Wahlsieg der ehemals liberal und nachfolgend zunehmend nationalkonservativ ausgerichteten *Fidesz* schon seit 2010 im Gange ist – der Umbau des Landes zu einem quasi-demokratischen autoritären System (Leunig/Gómez 2022) –, findet unter der Verantwortung der PiS seit 2015 auch in Polen statt (Pytlas 2022). Das Muster ist stets dasselbe. Um Regierungsinstitutionen und den Wahlprozess unter Kontrolle zu bringen, werden zunächst die Gerichte und hier vor allem das Verfassungsgericht in ihrer Macht beschränkt und/oder mit eigenen Gefolgsleuten der Regierung besetzt. Anschließend kann man dann ungehindert den gesellschaftlichen Pluralismus zurückdrängen und die öffentliche Meinungsbildung beschränken. Die EU hat solchen Bestrebungen bislang kaum etwas entgegensetzen können oder wollen. Im ungarischen Falle war sie durch die Mitgliedschaft von *Fidesz* in der EVP lange Zeit befangen, im polnischen Falle haben ihre Versuche, die Regierung über die Aktivierung des Rechtsstaatsmechanismus zum Nachgeben zu bewegen, nur wenig ausgerichtet.

Der europäische Vergleich zeigt, dass es in den Systemen mit Verhältniswahlrecht eine kritische Schwelle der Wählerunterstützung gibt, jenseits derer die Herausfordererparteien von der etablierten Konkurrenz nicht mehr ignoriert, das heißt von der Regierungsmacht auf Dauer ferngehalten werden können. Sie liegt bei etwa 20 bis 25 Prozent. Diesen Wert haben viele der rechtspopulistischen Herausforderer inzwischen (oder zwischenzeitlich) erreicht, etwa die FPÖ oder die *Lega*. Für die nationalpopulistischen Parteien in Osteuropa, die dort ein Teil des rechten Mainstreams sind, gilt das ohnehin. Auch die AfD erreicht im ostdeutschen Teil des Landes, der als postkommunistische Gesellschaft manche Parallelen zu Osteuropa aufweist, diese Größenordnung, während sich ihre Wähleranteile im Westen der alten Bundesrepublik eher unterhalb des europäischen Durchschnitts bewegen.

Selbst kühne Optimisten gehen heute nicht mehr davon aus, dass es gelingen könnte, die Rechtspopulisten aus den politischen Systemen wieder zu verdrängen. Sie sind und bleiben die sprichwörtlichen ungebetenen Gäste auf einer Party, die sich danebenbenehmen, unter Alkoholeinfluss herumöbeln, aber auch manche unbequeme Wahrheit aussprechen und die man deshalb am liebsten rasch loswerden möchte. Die Kombination von nachfrage- und angebotsseitigen Faktoren sichert den rechtspopulistischen „Störenfrieden“ zumindest mittelfristig gute Chancen. Was die Nachfrageseite angeht, dürften die Flüchtlingspolitik, aber auch Themen wie der Klimawandel in Zukunft genügend thematische Gelegenheiten für sie bereithalten. Auf der Angebotsseite profitieren die Parteien wiederum vom neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien und von den Ressourcen, die ihnen das demokratische und parteienstaatliche System

selber zur Verfügung stellt. Die Rechtspopulisten bedienen sich dieser Mittel bereitwillig, obwohl sie ihrem eigenen Demokratieverständnis zum Teil zuwiderlaufen und sie nicht zögern würden, sie zu beschneiden, wenn sie die Macht dazu hätten. Wie die *Fidesz*- und *PiS*-Regierungen in Ungarn und Polen beweisen, sind solche Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen. Sie sollten auch nicht mit dem Hinweis abgetan werden, es handele sich um ein ausschließliches Problem der noch jungen osteuropäischen Demokratien.

## Literatur

- Bergmann, Eiríkur/Michael Butter (2020), Conspiracy Theory and Populism. In: Michael Butter/Peter Knight (Hg.), Routledge Handbook of Conspiracy Theories, London/New York, S. 330-343.
- Betz, Hans-Georg (2013), Mosques, Minarets, Burqas and Other Essential Threats: The Populist Right's Campaign against Islam in Western Europe. In: Ruth Wodak/Majid Khosravini/Brigitte Mral (Hg.), Right-Wing Populism in Europe, London u.a., S. 71-88.
- Bobba, Giuliano/Nicolas Hubé (2021), Between Mitigation and Dramatization: The Effect of the COVID-19 Crisis on Populists' Discourses and Strategies, in: dies. (Hg.), Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe, Cham, S. 131-144.
- Bomberg, Elizabeth (2021), The Environmental Legacy of Donald Trump. In: Policy Studies 42 (5-6), S. 628-645.
- Decker, Frank (2004), Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl., Opladen 2004.
- Decker, Frank (2019), Europawahlen im Zeichen populistischer Herausforderungen. Die Entwicklung der Parteiensysteme in der Europäischen Union, in: Deutschland & Europa 36 (4), S. 28-33.
- Decker, Frank (2022), Was ist Rechtspopulismus?, in: ders. u.a. (Hg.), Aufstand der Außenseiter, Baden-Baden, S. 35-55.
- Eberl, Jakob-Moritz/Robert A. Huber/Esther Greussing (2021), From Populism to the „Plandemic“: Why Populists Believe in COVID-19 Conspiracies, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 31 (Sup 1), S. 272-284.
- Franzmann, Simon T./Marcel Lewandowsky (2020), Populismus? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Bonn.
- Gerbaudo, Paolo (2018), Social Media and Populism: An Elective Affinity?, in: Media, Culture & Society 40 (5), S. 745-753.

- Heinisch, Reinhard/Oscar Mazzoleni (2016), Comparing Populist Organizations. In: dies. (Hg.), *Understanding Populist Party Organisation*, London, S. 221-246.
- Huber, Robert A. u.a. (2021), Is Populism a Challenge to European Energy and Climate Policy? Empirical Evidence across Varieties of Populism. In: *Journal of European Public Policy* 28 (7), S. 998-1017.
- Huber, Robert A./Christian Schimpf (2017), On the Distinct Effects of Left-Wing and Right-Wing Populism on Democratic Quality. In: *Politics and Governance* 5 (4), S. 146-165.
- Jacob, Klaus/Stella Schaller/Alexander Carius (2020), Populismus und Klimapolitik in Europa. In: Michael Kaeding/Manuel Müller/Julia Schmälter (Hg.), *Die Europawahl 2019: Ringen um die Zukunft Europas*, Wiesbaden, S. 301-311.
- Jahn, Detlef (2021), Quick and Dirty: How Populist Parties in Government Affect Greenhouse Gas Emissions in EU Member States. In: *Journal of European Public Policy* 28 (7), S. 980-997.
- Jakobsen, Kjetil A. (2022), Der Terrorist als Google-Professor. Norwegische Erfahrungen mit Medienwandel und Rechtsextremismus, in: Frank Decker u.a. (Hg.), *Aufstand der Außenseiter*, Baden-Baden, S. 465-488.
- Kennedy, Jonathan (2019), Populist Politics and Vaccine Hesitancy in Western Europe: An Analysis of National-level Data. In: *European Journal of Public Health* 29 (3), S. 512-516.
- Ketelhut, Jörn (2022), Euroskeptizismus: Eine Begleiterscheinung des Populismus? In: Frank Decker u.a. (Hg.), *Aufstand der Außenseiter*, Baden-Baden, S. 71-84.
- Kulin, Joakim/Ingemar Johansson Sevä/Riley E. Dunlap (2021), Nationalist ideology, Rightwing Populism, and Public Views about Climate Change in Europe. In: *Environmental Politics* 30 (7), S. 1111-1134.
- Leunig, Sven/Gabriel Gómez (2022), "Populistische Autokratie" per Verfassungsreform? Fidesz und die Änderungen des ungarischen Grundgesetzes von 2011/12, in: Frank Decker u.a. (Hg.), *Aufstand der Außenseiter*, Baden-Baden, S. 229-243 (Sonderausgabe).
- Lewandowsky, Marcel/Christoph Leonhardt/Andreas Blätte (2022), Germany: The Alternative for Germany in the COVID-19 Pandemic, in: Nils Ringe/Lucio Renno (Hg.), *Populists and the Pandemic: How Populists around the World Responded to COVID-19*, London (i.E.).
- Louwerse, Tom/Simon Otjes (2015), Populists in Parliament: Comparing Left-Wing and Right-Wing Populism in the Netherlands, in: *Political Studies* 63 (1), S. 60-79.
- Manow, Philip (2018), *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin.

- Mudde, Cas (2004), The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541-563.
- Mudde, Cas (2017), Populism: An Ideational Approach. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser u.a. (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford, S. 27-47.
- Mudde, Cas (2019), *The Far Right Today*, Cambridge.
- Norris, Pippa/Ronald Inglehart (2019), *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge.
- Pirro, Andrea L. P. (2014), Populist Radical Right Parties in Central and Eastern Europe: The Different Context and Issues of the Prophets of the Patria. In: *Government and Opposition* 49 (4), S. 600-629.
- Pytlas, Bartek (2022), Vom Mainstream an die Macht: Die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen, in: Frank Decker u.a. (Hg.), *Aufstand der Außenseiter*, Baden-Baden, S. 245-258. (Sonderausgabe).
- Radtke, Jörg/Miranda A. Schreurs (2019), Klimaskeptizismus und populistische Bewegungen in Europa und den USA. In: Jörg Radtke u.a. (Hg.), *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden, S. 145-179.
- Stockemer, Daniel, Hg. (2019), *Populism Around the World. A Comparative Perspective*, Springer Nature Switzerland.
- Vittori, Davide (2021), Threat or Corrective? Assessing the Impact of Populist Parties in Government on the Qualities of Democracy: A 19-Country Comparison. In: *Government and Opposition*. Online First. DOI: <https://doi.org/10.1017/gov.2021.21>
- Wondreys, Jakob/Cas Mudde (2020), Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19, in: *Nationalities Papers* 50 (1), S. 86-103.
- Zanotti, Lisa/Carlos Meléndez (2022), Italy: The Diverging Strategies of the Populist Radical Right During the Pandemic. In: Nils Ringe/Lucio Renno (Hg.), *Populists and the Pandemic: How Populists around the World Responded to COVID-19*, London (i.E.).